

entgegen. (Wir führten bereits ein Beispiel an, daß man sie hin und wieder ganz und gar aus einer Stadt wieder zu vertreiben wünscht.) Eines der Wiener Blätter („Oesterr. Volksfr.“ Nr. 87) hat vor Kurzem in einem polemischen Artikel die Theorie aufgestellt, daß diejenigen österreichischen Kronländer, „in welchen es seither gar keine akatholischen Genossenschaften gab“, das Recht haben, „sich die Participation der Akatholischen an ihrem heimatlichen Boden zu verbitten.“

— 4. Mai. Hiesige Blätter hatten aus Saaz die Nachricht gebracht, daß der dortige Bürgermeister ein Edict erlassen habe: „Alle in Saaz domicilirenden Juden haben binnen 14 Tagen die Stadt zu verlassen.“ Dasselbe lautet: „Herrn ***! Auf Grund der Stadt Saaz von Weiland Sr. Maj. Ferdinand I. ertheilten und in Rechtskraft bestehenden Privilegiums, durch welches den fremder Obrigkeit unterstehenden Juden der Aufenthalt in der Stadt nicht gestattet ist, wird ihnen hiermit der Auftrag ertheilt, die Stadt Saaz binnen 14 Tagen bei Vermeidung gesetzlicher Zwangsmaßregeln unter gleichzeitiger Erhebung Ihres hieramts erliegenden Heimathscheines zu verlassen. Bürgermeisteramt Saaz, am 24. April 1857. Schönfeld.“ — Ein Auftrag des Bezirksamtes zu Saaz hat bereits die bürgermeisterliche Weisung bis zur hochortigen Entscheidung in der Privilegiumssache aufgeschoben.

Hannover, 15. Mai. Das „Journ. de Liege“ enthält einen geharnischten Artikel gegen die beabsichtigte Ausschließung der Juden aus den Freimaurerlogen in Hannover. Auch der Groß-Orient zu Belgien will eine energische Protestation gegen diese Ausschließung veröffentlichen.

Leipzig, 23. Mai. Unsere israelitische Gemeinde wird seit einigen Tagen von einem lebhaften Streit erregt, der in ihrem Schooße sich entsponnen. Es handelt sich nämlich darum, ob Dr. Jellinek, der bisherige Prediger dieser Gemeinde, welcher vor einiger Zeit einen Ruf nach Wien angenommen hatte, jetzt aber ihn ablehnen will, sein bisheriges Amt, wie es sein ausgesprochener Wunsch sei, behalten könne. Es stehen sich bei dieser Frage zwei Parteien schroff entgegen, die jede für sich im Recht zu sein behauptet. (D. A. 3.)

London. Parlamentsverhandlungen vom 15. Mai. Unterhaus-Sitzung. Nachdem sich die Versammlung als Comité constituirt hat, bittet Lord Palmerston um Erlaubniß zur Einbringung einer Bill, welche an Stelle der gegenwärtig von den Parlamentsmitgliedern zu leistenden drei Eide, des Unterthanen-, Supremats- und Aufschwörungseides eine einzige Eidesformel gesetzt wissen will. Er entschuldigt sich zuvörderst, daß er einen Gegenstand aus den Händen Lord F. Russell's nehme, welchem dieser edle Lord so große Aufmerksamkeit zugewandt habe. Doch bemerkt er zu seiner Rechtfertigung, er habe Grund zu der Annahme, daß die Bill, wenn sie zu einer Regierungsvorlage gemacht werde, größere Aussicht auf Erfolg habe, als sonst der Fall sein würde. Er hebt sodann die Heiligkeit der durch eine Eidesleistung eingegangenen Verpflichtung, sowie die Frivolität hervor, welche in einer

unnöthigen Anrufung des Namens der Gottheit liege, und fügt hinzu, daß die von ihm beabsichtigten Abänderungen in der Eidesformel nur auf die nichtkatholischen Parlamentsmitglieder Bezug haben. Er sei nicht gesonnen, die zur Zeit der Katholiken=Emancipation für die katholischen Parlamentsmitglieder festgestellte Eidesformel umzustossen. Seine Bill habe den Zweck, Christen der Nothwendigkeit zu überheben, einen Eid zu leisten, der ihrer Vernunft und ihren Gefühlen widerstrebe, und den Rest früherer Vorurtheile durch Aufhebung jener Stellen der Eidesformel zu beseitigen, welche der Aufnahme von Juden in das Haus der Gemeinen entgegenständen. In der neuen Eidesformel, welche er vorschlage, sei unter Andern die Stelle, wo der Schwörende jede reservatio mentalis ableugne, ausgelassen. Auch die Worte: „auf den wahren Christen-Glauben“ seien in der neuen Formel nicht enthalten. Sir F. Thesiger erklärt, er werde sich der Einbringung der Bill nicht widersetzen. Da sich aber seine Ansicht in Bezug auf die Zulassung der Juden zum Parlamente nicht geändert habe, so werde er später den Gesetzentwurf ernstlich bekämpfen. Die Erlaubniß zur Einbringung der Bill wird nach einer kurzen Debatte ertheilt. Eine Resolution des Hauses, den Juden, gleich den Quäkern, eine ihrem Bekenntniß entsprechende Eidesformel vorzuschreiben, wäre offenbar der kürzeste und sicherste Weg zur Emancipation der Juden, und es ist nicht leicht zu sagen, warum er seit Jahren so beharrlich vermieden wird. Wenn diesmal nicht außerordentliche Einflüsse ins Spiel kommen, steht die Verwerfung der Bill im Oberhause so gewiß wie immer bevor.

— 18. Mai. Die „Morning-Post“ sagt, das Oberhaus werde die Bill für Abänderung des Parlaments=Eides, zu Gunsten der Zulassung der Juden, mit einer kleinen Majorität annehmen.

Die „Post“ (bekanntlich eben so torjistisch in der heimischen wie whiggistisch in der auswärtigen Politik, und daher consequent Palmerstonisch) „fürchtet“, daß die Judenbill diesmal doch endlich Gesetz werden wird. Wenn diese Besorgniß mehr als schlaue Affectation ist, so können sich die Reformfreunde Glück wünschen, da man annehmen darf, daß die „Post“ über die Chancen der Bill im Oberhause und über die Einflüsse, die der Premier darauf spielen zu lassen denkt, mehr Andeutungen als ein anderes Organ erhalten haben wird.

Aus dem mittäglichen Frankreich, 18. Mai. Wie sehr die Gleichstellung der Israeliten in Frankreich in alle Verhältnisse des geistlichen und gesellschaftlichen Lebens übergegangen, bemerkte man auch wieder bei dem am 15. d. Mts. stattgehabten feierlichen Einzug des neuen Erzbischofs in Aix. Von Seite des dortigen kaiserl. Gerichtshofes ward der Kammerpräsident desselben, der gelehrte Herr Bedarrides, einer der wackersten Israeliten Frankreichs, beauftragt, den Prälaten in einer Anrede zu begrüßen. Dieselbe machte einen großen Eindruck, indem sie sich durch Würde, Klarheit und tiefgefühlte Menschenliebe auszeichnete. (F. 3.)